SCHWERPUNKT 15.03.2019 | Jean Pisani-Ferry

Macht euch ehrlich

Der Übergang in eine grüne Wirtschaft wird dazu führen, dass es uns erstmal schlechter geht, bevor es uns besser geht.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch.

Der von Alexandria Ocasio-Cortez, einem rasant aufsteigenden Star im US-Kongress, und anderen Demokraten propagierte Green New Deal könnte in den USA und darüber hinaus einen willkommenen Neustart der Diskussion über die Abmilderung des Klimawandels auslösen. Obwohl er nicht wirklich neu ist – die europäischen Grünen drängen schon seit einem Jahrzehnt auf einen derartigen „New Deal“ –, ist Ocasio-Cortez' Plan ehrgeizig und weitreichend.

Vielleicht zu ehrgeizig und weitreichend. Doch anders als die Lieblingsstrategie der Ökonomen in Bezug auf den Klimawandel – die Festsetzung eines angemessenen Preises für Kohlenstoff, wobei man alles Weitere privaten Entscheidungen überlässt – umfasst der Green New Deal zu Recht die vielen Dimensionen der zur erfolgreichen Bekämpfung des Klimawandels erforderlichen grundlegenden Umgestaltung unserer Volkswirtschaften und Gesellschaften.

Der Übergang zu einer kohlenstoffneutralen Volkswirtschaft wird zwangsläufig so revolutionär sein wie der Übergang zum industriellen Zeitalter. Angesichts der umfassenden Beschaffenheit der Umstellungen lässt sich das nicht in einem einzigen Preis subsummieren. Es muss sich dabei um ein gemeinsames Unterfangen handeln, in das die Regierungen investieren und bei dem alle Bürger ihre Rolle finden. Das optimistische, partizipatorische Ethos des Green New Deal verdient Lob.

Viele Bürgerinnen und Bürger gehen von einem unrealistischen, aber verständlichen Business-as-usual-Szenario aus, bei

Über eines muss man sich freilich im Klaren sein: Diese grüne Umstellung ist nicht umsonst zu haben. Es steht außer Zweifel, dass es um unser Leben und unsere Arbeit viel besser bestellt sein wird, wenn wir den Klimawandel erfolgreich begrenzen, als wenn wir dabei scheitern; das ist die logische Grundlage dafür,

dem sie weiterhin so wie bisher konsumieren und reisen.

die entsprechenden Anstrengungen zu unternehmen. Nur ist das nicht die Frage, die viele Bürgerinnen und Bürger sich stellen. Sie gehen von einem unrealistischen, aber verständlichen Business-as-usual-Szenario aus, bei dem sie weiterhin so wie bisher konsumieren und reisen. Vielleicht akzeptieren sie, etwas weniger Fleisch zu essen und sparsamere Autos zu fahren, solange sich ihre Kaufkraft nicht ändert. Und vielleicht sind sie willens, den Beruf zu wechseln, solange der neue besser bezahlt ist und weniger stressig. Doch deutet wenig darauf hin, dass die meisten Bürger zu mehr bereit sind.

Die Anhängerinnen und Anhänger des Green New Deal neigen verständlicherweise dazu, diesen Gefühlen Rechnung zu tragen. Der Vorschlag von Ocasio-Cortez ist ausreichend vage, um einer präzisen Kritik zu entgehen; deutlich aber ist, dass er nichts anpackt, was weh tun könnte. Dasselbe gilt für viele andere Pläne, die ein besseres Leben zusammen mit mehr und besseren Arbeitsplätzen versprechen.

Die Wahrheit sieht leider ganz anders aus. Der Übergang zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft wird zwangsläufig dazu führen, dass es uns schlechter geht, bevor es uns besser geht, und die schwächsten Segmente der Gesellschaft werden davon besonders hart betroffen sein. Sofern wir diese Realität nicht anerkennen und ansprechen, wird die Unterstützung dafür, die Wirtschaft umweltfreundlicher zu machen, oberflächlich bleiben und möglicherweise irgendwann nachlassen.

Der Grund hierfür bringt uns zurück zum Lieblingsinstrument der Ökonomen: den Preisen. So oder so müssen wir anfangen, für etwas zu bezahlen – nämlich Kohlenstoff –, das wir bisher umsonst verbraucht haben. Einen Preis für Kohlenstoff festzusetzen wird den Gesamtverbrauch zwangsläufig reduzieren.

Die Festsetzung eines Preises für Kohlenstoff wird unweigerlich zu etwas führen, was die Ökonomen als „negativen Angebotsschock“ bezeichnen.

Die Ursache ist nicht die Steuer, deren Erlöse an die Steuerzahler umverteilt werden können – zum Beispiel auf Pro-Kopf-Basis, wie eine beeindruckende Gruppe von US-Ökonomen vorgeschlagen hat. Vielmehr wird die Festsetzung eines Preises für Kohlenstoff unweigerlich zu etwas führen, was die Ökonomen als „negativen Angebotsschock“ bezeichnen. Einige Anlagen sind dann nicht

mehr nutzbar und einige Technologien nicht länger profitabel. Die maximal mögliche Produktion (die Ökonomen sprechen vom „potenziellen BIP“) wird zurückgehen. Falls der Preisanstieg abrupt ausfällt, kommt es zu einem Konjunktureinbruch so wie 1974, als die Ölproduzenten plötzliche die Preise erhöhten. Eine Begleiterscheinung ist zudem, dass das Vermögen sinkt, weil der Wert von treibstoff-ineffizienten Häusern, verbrauchsstarken Autos und Ölaktien zurückgeht.

Das Problem beruht nicht auf dem Einsatz eines Preisinstruments. In einer Planwirtschaft wäre es dasselbe: Auch dort wäre es aus Gründen der Kohlenstoffeffizienz erforderlich, alte, ineffiziente Anlagen auszumustern und verstärkt zu investieren, damit das BIP weniger kohlenstoffintensiv wird. Aktuelle Schätzungen beziffern die erforderlichen zusätzlichen Investitionen im Jahr 2040 auf rund 2 Prozent vom BIP. Ein entsprechend kleinerer Teil der Produktionsleistung steht dann für den Konsum durch die privaten Haushalte zur Verfügung.

Darüber hinaus sind die Verteilungseffekte der grünen Umstellung unglücklicherweise negativ. Die Armen und die Mittelschicht in den Vorstädten geben mehr von ihrem Einkommen für Energie aus als die Reichen und die akademisch gebildeten Fachkräfte in den Städten, und sie haben häufig nicht die Mittel, um sich eine neue, effiziente Heizungsanlage zu kaufen oder ihr Haus zu isolieren. Und weil die Arbeitsplätze der Arbeiterinnen und Arbeiter tendenziell kohlenstoffintensiver sind, werden Fabrikarbeiter und LKW-Fahrer mehr leiden als Designer und Banker.

Je früher wir aktiv werden und je vorhersehbarer die langfristigen Aussichten sind, desto weniger stark sind die negativen Auswirkungen auf Produktion und Vermögen.

Unsere Gesellschaften stehen vor einem enormen Problem. Man sollte es nicht verschleiern. Die französische Regierung musste einen Rückzieher machen, nachdem die Gelbwesten gegen eine Kraftstoffsteuer von 55 Euro pro Tonne rebellierten. Doch eine aktuelle Schätzung dazu, was zur Dekarbonisierung erforderlich ist, hat den Preis für 2030 auf 250 Euro pro Tonne beziffert. Die europäischen Länder, die sich bereits mit der von US-Präsident Donald Trump geforderten Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent vom BIP schwertun, sehen sich nun mit

der Aussicht konfrontiert, weitere 2 Prozent für die Umstellung auf eine kohlenstofffreie Wirtschaft zu bezahlen. Seit Jahrzehnten hat man den Leuten Anreize gegeben, von den Innenstädten in die Vororte zu ziehen, und jetzt sagt man ihnen, dass ihr Lebensstil keine Zukunft hat.

Zum Glück lassen sich diese Auswirkungen abmildern. Die vollständige Umverteilung der Erlöse aus der Kohlenstoffsteuer kann die Belastungen für die Schwächsten in der Gesellschaft mindern. In einem Umfeld ultraniedriger Zinssätze ist eine Finanzierung über Schulden eine rationale Methode, um die wirtschaftliche Umstellung zu beschleunigen und zugleich die Kosten dafür auf mehrere Generationen umzulegen. Wie der erstaunliche Kostenrückgang bei Solarmodulen nahelegt, wird die Förderung von Innovation und Wettbewerb die Entstehung sauberer, effizienter Technologien beschleunigen. Und je früher wir aktiv werden und je vorhersehbarer die langfristigen Aussichten sind, desto einfacher wird es, sich anzupassen, und desto weniger stark sind die negativen Auswirkungen auf Produktion und Vermögen. Abrupte Veränderungen entwerten bestehendes Vermögen, während ein reibungsloser Übergang die richtigen Investitionen zur richtigen Zeit ermöglicht.

Allerdings zwingt uns eine realistische Betrachtung, anzuerkennen, dass sich die bei dieser Umstellung entstehenden Härten nicht völlig werden vermeiden lassen. Um sich durchzusetzen, müssen die Anhängerinnen und Anhänger des Green New Deal den Bürgern ehrlich sagen, welche Folgen die kommende Umstellung haben wird, wie sich ihre Kosten minimieren und gerecht verteilen lassen und welche Rolle sie selbst spielen können. Statt ihr Szenario als rosig darzustellen, sollten sie zeigen, dass es realistisch ist.

Aus dem Englischen von Jan Doolan.

(c) Project Syndicate



Jean Pisani-Ferry
Berlin

Jean Pisani-Ferry ist Professor für Ökonomie und *Public Management* an der *Hertie School of Governance* und an der *Sciences Po* in Paris. Er war Gründungsdirektor von *Bruegel*, einem einflussreichen wirtschaftswissenschaftlichen Thinktank in Brüssel. Dort ist er heute auch *Senior Fellow*.